

10.06.08

A - G

Antrag

des Landes Baden-Württemberg

**Entschließung des Bundesrates zur Beibehaltung der Flexibilität
bei der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung durch amtliche
Fachassistenten**

Staatsministerium Baden-Württemberg
Der Staatssekretär

Stuttgart, den 10. Juni 2008

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Ole von Beust

Sehr geehrter Herr Prsident,

die Regierung des Landes Baden-Württemberg hat beschlossen, dem Bundesrat
die als Anlage mit Begründung beigefügte

Entschließung des Bundesrates zur Beibehaltung der Flexibilität bei der
Schlacht tier- und Fleischuntersuchung durch amtliche Fachassistenten

zuzuleiten.

Ich bitte, gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates die Beratung
der Entschließung in den Ausschüssen für die 25. Kalenderwoche zu veranlassen.

Mit freundlichen Gren

Hubert Wicker

Entschließung des Bundesrates zur Beibehaltung der Flexibilität bei der Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung durch amtliche Fachassistenten

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat bekräftigt seine Entschließung vom 6. Juli 2007 (Drucksache 361/07 (Beschluss)) und bittet die Bundesregierung, von der im EU-Lebensmittelhygienerecht vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, einzelstaatliche Vorschriften zur Anpassung bestimmter Anforderungen des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 zu erlassen. Es soll den Bedürfnissen von Lebensmittelunternehmen mit geringem Produktionsvolumen oder in Regionen mit schwieriger geografischer Lage Rechnung getragen werden. Nach Ansicht des Bundesrates ist eine Regelung vorzusehen, wonach der amtliche Tierarzt in Betrieben, die ausschließlich für ihren eigenen Bedarf schlachten, nicht während der gesamten Dauer der Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung anwesend sein muss, wenn ein amtlicher Fachassistent unter fachlicher Aufsicht des amtlichen Tierarztes die Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung durchfhrt.

Begründung:

Die Verordnung (EG) Nr. 1244/2007 vom 24. Oktober 2007 präzisiert die Bestimmungen über amtliche Kontrollen zur Fleischuntersuchung im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 näher. Im Erwägungsgrund 3 dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, dass die zuständige Behörde gemäß der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 beschließen kann, dass der amtliche Tierarzt in bestimmten Schlachthöfen, die auf der Grundlage einer Risikoanalyse ermittelt werden, während der Fleischuntersuchung nicht jederzeit anwesend sein muss. In solchen Fllen hat ein amtlicher Fachassistent die Fleischuntersuchung durchzuführen, was zu einer Verringerung der finanziellen Belastung für Betriebe mit geringem Durchsatz beitragen könnte. Im Erwägungsgrund 4 ist weiter ausgeführt, dass Betriebe mit nicht durchgehender Schlachtung eine soziale und wirtschaftliche Funktion in ländlichen Gemeinden ausüben und dass es daher möglich sein sollte, dass diese Betriebe solche Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen, sofern sie die rechtlichen und hygienischen Anforderungen erfüllen.

Diese von der Kommission verfolgten Ziele können bei den gegebenen handwerklichen Schlachtstrukturen in Deutschland nicht flächendeckend erreicht werden. Diese Ausnahmeregelung läuft nämlich dadurch ins Leere, dass sie auf die Fleischuntersuchung beschränkt ist und die Schlacht-tieruntersuchung nicht einbezieht.

Dies könnte vermieden werden, indem Deutschland von der Möglichkeit Gebrauch macht, einzelstaatliche Vorschriften zur Anpassung bestimmter Anforderungen des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 854/2004 zu erlassen, um den Bedürfnissen von Lebensmittelunternehmen mit geringem Produktionsvolumen oder in Regionen mit schwieriger geographischer Lage Rechnung zu tragen.